

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 2.40 M. Eintragungen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlung- und Zahlstellen-Anzeigen die 3 gespaltene Zeilen zu 50 M. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Drey. Druck von E. A. S. Reiffers & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionsschluss: Sonnabend mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Kollatstraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 2002.

Das Verbandsjahr 1919.

2. Das Finanzwesen.

Die von dem außerordentlichen Verbandstag im Dezember 1917 vorgenommene Beitragserhöhung konnte infolge der fortschreitenden Geldentwertung der letzten Jahre nicht mehr genügen. Die Zahlstellen sahen sich gezwungen, ihre Lokalbeiträge fortgesetzt zu erhöhen, um den an sie gestellten Anforderungen einigermaßen gerecht werden zu können. Insbesondere die statutarischen Streikunterstützungssätze erwiesen sich immer mehr als unzureichend und mußten durch lokale Zuschläge erhöht werden. Wohl sind die Einnahmen der Hauptklasse gewaltig gestiegen, aber nicht minder die Ausgaben. Die Hauptklasse war nicht imstande, auf Grund der bestehenden Beiträge höhere Leistungen zu gewähren. Sieht man sich zunächst die Hauptquelle unserer Einnahmen an, die Beiträge, so könnte es auf den ersten Blick scheinen, als ob wir im Gelde schwimmen. Dem ist aber tatsächlich nicht so. Wir haben ja in unserem ersten Artikel den gewaltigen Mitgliederzuwachs festgestellt. Ein großer Teil dieser Mitglieder ist unterdessen auch bezugsberechtigt geworden für verschiedene Unterstützungsleistungen. Die Hauptklasse hatte diesbezüglich mit bedeutenden Mehrausgaben zu rechnen und konnte es nicht auf unangenehme Ueberraschungen ankommen lassen. Solche wären aber eingetreten, falls bei gleichbleibenden Beiträgen die Unterstützungsätze, insbesondere für Streiks, erhöht worden wären. Die nachstehende Tabelle soll die Einnahmen aus den wichtigsten Beitragsstufen, nach Quartalen geordnet, zeigen.

	Einnahmen aus Beiträgen			
	à 35 M.	à 60 M.	à 75 M.	Zusammen
1. Quartal	487 854	1 455 388	480 661	2 423 903
2. Quartal	638 825	1 989 499	629 536	3 257 860
3. Quartal	721 449	2 227 611	707 668	3 656 728
4. Quartal	765 566	2 330 053	777 818	3 873 437
Zusammen	2 613 694	8 002 551	2 595 633	13 211 928

Die Einnahmen aus Beiträgen à 10 und 20 Pf. nach § 13 Absatz 5 und 6 des Statuts sind hier außer acht gelassen. Sie fallen aber auch nicht besonders ins Gewicht. Den größten Betrag bringt selbstverständlich die 60-Pfennig-Klasse mit dem Beitrag für erwachsene männliche Mitglieder. Die Einnahmen aus den anderen beiden Beitragsklassen halten sich so ziemlich die Wage. Die Einnahmen aus Eintrittsgeldern haben im Berichtsjahre ebenfalls eine Höhe erreicht, wie seither noch nicht. Das ist gleichfalls eine natürliche Folge des erhöhten Zustromes von neuen Mitgliedern. Es ist von großem Interesse, die Einnahmen aus Eintrittsgeldern und Beiträgen aus den letzten Jahren vergleichsweise betrachten zu können. Im Jahre 1913 hatten wir eine Gesamteinnahme — ohne Kassenbestand des vorigen Jahres — von 4 534 784 Mark. In den folgenden Jahren wurde dieser Betrag nicht wieder erreicht. Erst das Jahr 1919 geht weit darüber hinaus.

Die folgende Tabelle gibt Aufschluß über die Einnahmen in den letzten sechs Jahren.

	1914	1915	1916	1917	1918	1919
Eintrittsgelder	15 969	5 051	7 442	27 231	162 199	501 849
Sonstiges	3 919 396	2 112 786	1 744 719	1 974 552	3 306 800	13 561 623
Zusammen	3 935 365	2 117 837	1 752 161	2 001 783	3 468 999	14 063 472

Die Einnahmen zeigen an, daß im Jahre 1919 nicht der gewohnte Auftrieb in der Organisation zu verzeichnen war, sondern daß ein ganz außergewöhnlicher Vorgang sich abgespielt haben muß. Das war ja bekanntlich auch der Fall. Die Einnahmen aus Eintrittsgeldern haben sich gegen das Jahr 1915 — allerdings ein besonders ungünstiges Jahr — verzehnfacht. Gegen das Jahr 1916 dagegen sind die Einnahmen aus Beiträgen und Sonstigem verzehnfacht. Und trotzdem wäre es im Jahre 1919 nicht gelungen, die meisten Lohnbewegungen ohne Streiks zu erledigen, die Klasse wäre nahezu erschöpft worden wie im Jahre 1906, weil für die große Zahl der an den Lohnbewegungen Beteiligten noch nicht genügend Reserven angesammelt waren.

Seither hatten die Unternehmer die Möglichkeit, die Lohnsteigerungen durch Preiserhöhungen wieder auszugleichen. Das wird nun aufhören, denn mehr und mehr rücken die Preise auch der deutschen Produkte an die Weltmarktpreise heran. Neue Lohnforderungen stellen Ansprüche an die Tasche der Unternehmer, und nun setzt der Widerstand ein, die Kämpfe werden schärfer, d. h. es wird öfters zum Streik kommen. Dazu ist aber Geld nötig. Außerdem wird ein immer größerer Teil der Mitgliedschaft bezugsberechtigt für alle sonstigen Unterstützungsleistungen des Verbandes. Schon im abgelaufenen Jahre haben sich die Ausgaben für Unterstützungen aller Art bedeutend erhöht, wie das die folgende Tabelle zeigt.

Unterstützungen	1917	1918	1919
Streikunterstützung	1556,—	3881,47	1017274,09
Gemahregeltenunterstützung	500,40	1458,52	8178,68
Krankenunterstützung	644820,88	968191,70	1054550,88
Arbeitslosenunterstützung	40193,45	85347,85	1065156,45
Reiseunterstützung	1348,85	1231,96	2488,33
Umzugsgeld	13068,15	11848,10	32275,15
Notlage- u. Kriegsunterstütz.	139145,94	232203,15	14856,60
Esterbegeh.	153910,85	182374,—	152192,90
Rechtschutz	784,85	1956,15	2804,15
Zusammen	995329,37	1488492,89	3350277,23

Für Streiks wurden gegen das Vorjahr 1 016 393 Mark mehr ausgegeben. Die Gemahregeltenunterstützung zeugt vom „vergangenen“ Burgfrieden. Verhältnismäßig wenig gestiegen sind die Ausgaben an Krankenunterstützung. Dagegen ist die für arbeitslose Mitglieder verausgabte Summe gewaltig emporgeschossen. Die Umstellung der Industrie von der Kriegszur Friedenswirtschaft hatte sich noch nicht vollzogen. Außerdem spielen hierbei eine große Rolle Kohlen- und Rohproduktenmangel. Ferner ließen die verschiedenen Putsche keinen rechten Unternehmungsgeist im gewerblichen Leben aufkommen. Einen wesentlichen Rückgang weist der Ausgabenposten für Umzugsgeld auf, bedingt durch den Wohnungsmangel und durch die ungeheure Erhöhung der Transportkosten. Die übrigen Posten zeigen keine auffallende Veränderung. Die Gesamtsumme der Unterstützungsleistungen ist gegen das Vorjahr gestiegen um 1 861 784 Mark, also um annähernd zwei Millionen.

Auch die Gesamtausgaben haben eine erhebliche Steigerung erfahren. Die Mehrausgaben haben ihren Grund zum Teil in der organisatorischen Ausbreitung, zum weit größten Teil jedoch in der Geldentwertung. Die folgende Tabelle gestattet einen Vergleich über die verschiedenen Ausgabenposten in den letzten drei Jahren.

	1917	1918	1919
Für Unterstützungen aller Art	995329,37	1488492,89	3350277,23
Als Anteile der Zahlstellen	313377,80	570361,48	2377944,69
Für Agitation	96675,44	148084,60	543968,86
Druck und Versand des „Proletariers“	61685,03	105561,34	660427,55
Gehälter und Versicherungsbeiträge	68169,34	87188,64	265602,29
Entschädigung für Sitzungen, Konferenzen, Verbandstag, Manlageld usw.	21320,63	6844,81	88416,57
Druckmaschinen und Buchdruckerarbeiten	23597,60	81373,52	376653,68
Bureauante, -möbel, -materialien usw.	11206,08	29236,81	96355,80
Zeitungen und Bücher	2658,06	2324,59	3694,56
Als Rückzahlung, Zuschuß oder Darlehen an die Zahlstellen	155934,78	41114,41	216435,31
Porto, Postgebühren und sonstige Ausgaben	3794,50	6013,46	21496,52
Beiträge an die General-Kommission	31807,60	36324,—	56567,—
Ausgaben insgesamt	1785556,23	2602920,55	8056840,06

Die Anteile der Zahlstellen sind von 570 361 Mark gestiegen auf 2 377 945 Mark. Die Ausgaben für Gegenleistungen der verschiedensten Art sind ganz enorm angewachsen. So haben sich die Agitationskosten vervielfacht. Gewiß ist heute eine größere Anzahl von Agitationsleitern tätig, wodurch allein schon wesentliche Mehrausgaben erwachsen. In der Hauptsache jedoch entstehen diese durch die enorme Verleuerung der Bahnfahrten und der Lebenshaltung außerhalb des Wohnortes. Stark gestiegen sind auch die Ausgaben für Druck und Versand des „Proletariers“, und zwar von 105 561 Mark auf 660 428 Mark. Die Druckkosten sind bekanntlich nicht minder gestiegen wie die Ausgaben an Porto. Daß auch die Gehälter durch Mehranstellung von Arbeitskräften sowie infolge der Teuerung eine Mehrausgabe brachten, ist selbstverständlich. Auch die übrigen Ausgabenposten haben sich erhöht, sowohl durch die Ausbreitung unserer Organisation, als auch durch die allgemein wirkende Teuerung für alle Bedarfsmittel.

Das finanzielle Schlussergebnis für das Jahr 1919 läßt sich nun wie folgt zusammenfassen:

Bilanz für das Jahr 1919.	
Einnahme des Verbandes	14 063 762,52 M.
Kassenbestand am 31. 12. 1918	4 641 249,59
Gesamteinnahme für 1919	18 705 012,11 M.
Davon ab die Gesamtausgabe 1919	8 056 840,06
Kassenbestand am 31. 12. 1919	10 648 172,05 M.

Unser Verband ist also zehnfacher Millionär. Das ist aber heutzutage ein Betrag, der im Verhältnis zur Mitgliederzahl als unzureichend bezeichnet werden muß. Wer sich darüber klar werden will, der lese die diesbezüglichen Ausführungen in dem Artikel „Bitterfeld“ in Nr. 9 des „Proletariers“ nach. Der Kassenbestand pro Mitglied ist gegen das Vorjahr fast zurückgegangen. Legen wir unserer Berechnung zur Feststellung des vorhandenen Vermögens pro Kopf die durchschnittliche Mitglieder-

zahl zugrunde, so ergibt sich, daß im Jahre 1918 von dem Vermögen der Hauptklasse auf ein Mitglied 31,87 Mark entfielen, während sich für 1919 nur ein Betrag von 22,31 Mark ergibt. Wir dürfen also nicht lediglich nach der Höhe der Gesamtsumme unseres Kassenbestandes urteilen, sonst täuschen wir uns eine finanzielle Stärke vor, die in Wirklichkeit nicht vorhanden ist. Im Anschluß an den Kassenbericht lassen wir eine Tabelle folgen, die Aufschluß gibt über die Unterstützungsleistungen absolut und pro Mitglied und Jahr im Jahresdurchschnitt seit 1905:

Jahr	Reise, Krankheit, Arbeitslosigkeit		Streik und Maßregelung		Sonstige (Sterbefall, Umzug, Notlage, Rechtschutz)		Summe	
	absolut	pro Mitglied	absolut	pro Mitglied	absolut	pro Mitglied	absolut	pro Mitglied
1905	67 965	1,02	408 402	6,12	27 910	0,42	504 277	7,56
1906	322 227	2,78	750 252	6,48	35 198	0,31	1 107 677	9,57
1907	558 073	4,15	422 339	3,15	42 469	0,32	1 022 881	7,62
1908	870 661	6,39	364 216	2,58	68 864	0,47	1 298 941	9,54
1909	1 090 393	8,02	396 827	2,92	79 617	0,59	1 566 837	11,53
1910	1 081 678	6,80	934 255	5,08	98 529	0,62	2 114 471	13,29
1911	1 100 201	6,02	928 845	5,87	122 903	0,87	2 151 949	11,77
1912	1 307 822	6,33	654 999	3,19	131 008	0,64	2 093 829	10,21
1913	1 531 868	7,30	832 698	3,96	149 946	0,71	2 515 012	11,97
1914	2 169 201	12,04	568 289	3,15	537 836	2,98	3 275 326	18,17
1915	746 874	7,15	20 219	0,19	476 571	4,56	1 243 665	11,91
1916	633 141	7,71	645	0,01	492 173	5,99	1 125 959	13,71
1917	686 863	7,25	2 056	0,02	306 910	3,24	995 329	10,51
1918	1 054 772	7,36	5 340	0,04	428 381	2,99	1 488 493	10,38
1919	2 122 696	4,45	1 025 453	2,15	202 129	0,42	3 350 277	7,02

Die Ausgaben für Streik und Maßregelung weisen auch pro Kopf eine bedeutende Steigerung auf, ein Beweis, daß die Klassenkämpfe wieder schärfer hervortreten begonnen haben. Mit dieser Tatsache ist auch weiterhin zu rechnen. Will die Arbeiterchaft und speziell auch unsere Mitgliedschaft in dem Ringen um einen gerechten Anteil am Arbeitsertrag nicht zu kurz kommen, so kann es nur eines geben: einig und geschlossen Auftreten gegenüber der Unternehmerfront. Die schärfsten Kämpfe sind immer noch nicht hinter uns, sondern vor uns.

Gegen die Wohnungsnot und für die Sozialisierung.

An die deutschen Bauarbeiter, Mieter, Siedler, Kleingärtner.

Die Vorstände der hausgewerblichen Arbeiterverbände sehen mit großer Besorgnis das häßliche Wesen der Wohnungsnot. Hunderttausende von Familien sind entweder ganz ohne Wohnung oder müssen sich mit störenden Behelfswohnungen begnügen. In Frankfurt a. M. sind über 30 000, in Berlin über 40 000 Wohnungsuchende vorhanden, für die keine Wohnungen zu beschaffen sind. Ähnlich liegen die Verhältnisse in anderen Orten. Die Ueberfüllung der Wohnungen und damit die Gefahr der schmerzlichen gesundheitlichen und sittlichen Schädigung großer Bevölkerungskreise nimmt ständig zu. Nach Schätzungen von Sachkennern fehlen in Deutschland zur Zeit rund eine Million Wohnungen.

Diese Wohnungen müssen gebaut werden, wenn alle unsere Volksgenossen in einigermaßen menschenwürdigen Behausungen untergebracht werden sollen. Sie können aber nicht gebaut werden, weil infolge des Wuchers mit Baustoffen aller Art die Baukosten zu wahnwitziger Höhe emporgeschossen sind und weil die Mittel zum Wohnungsbau fehlen.

In den letzten Jahren haben die Regierungen und Parlamente versucht, die Wohnungsbautätigkeit durch Gewährung von Baustoffzuschüssen in Gang zu bringen. Die Mittel, die für diese Zwecke angewendet worden sind, waren vollständig unzureichend. Zur Beseitigung der Wohnungsnot wären Hunderte von Millionen nötig. Zur Anbringung dieser Summen haben die Regierungen und Parlamente bis jetzt nicht das Nötige getan. Es besteht die Gefahr, daß die Wohnungsbautätigkeit in absehbarer Zeit ganz eingestellt werden muß, wenn nicht durch das Eingreifen der Volksgemeinschaft die nötigen Mittel zum Bau neuer Wohnungen beschafft werden. Der Rückgang der Bautätigkeit hätte für die deutschen Bauarbeiter eine nie gekannte Massenarbeitslosigkeit und eine gewaltige Steigerung des Elends zur Folge, denn auch die Organisation der Bauarbeiter nicht mehr können. Auf der anderen Seite führe die Einstellung oder die weitere Einschränkung der Bautätigkeit zu einer

massigen Vergrößerung der Wohnungsnot und zu einer so gewaltigen Steigerung der Mieten, wie sich das wohl heute nur wenige träumen lassen. Den Augen davon hätten die Hausbesitzer und Grundrentner, deren Eigentum gewaltig im Werte stiege. Den Schaden aber hätte das gesamte übrige Volk. Diesen Gefahren gilt es entgegenzuwirken.

Es gilt, das Bewußtsein der Verantwortlichkeit wahrzunehmen und den Regierungen und Parlamenten den Ernst der Lage mit aller Eindringlichkeit und Deutlichkeit vor Augen zu führen. Die Vorstände der hausgewerblichen Arbeiterverbände, einschließlich des Bundes der technischen Angestellten und Beamten, halten es für notwendig, daß die gesamte deutsche Bauarbeiterchaft ihre Wünsche an die Regierungen und Parlamente in einer einheitlichen, nachdrücklichen Demonstration zum Ausdruck bringt. Sie rufen deshalb die deutschen Bauarbeiter auf,

am 1. Juli Massenversammlungen in ganz Deutschland abzuhalten, um dort ihre Forderungen an die Regierungen und Parlamente zu erheben. Aber die Förderung der Bautätigkeit und die Beseitigung der Wohnungsnot geht nicht nur die Bauarbeiter an. Auch die Mieter, Siedler, Schrebergärtner, die Mitglieder der Bauarbeitervereine, Heimstättenvereine

wo sind an dem Vorhandensein genügend guter, billiger und gesunder Wohnungen und somit an der Förderung der Wohnungsbaufähigkeit interessiert. Sie müssen deshalb ihre Forderungen mit der deutschen Bauarbeiterschaft gemeinsam erheben.

Deutsche Bauarbeiter, Mieter, Siedler, Kleingärtner! Die Befreiung der Wohnungswirtschaft ist nur mit Hilfe umfassender Sozialisierungsmaßnahmen zu erreichen. Solange der Kapitalismus dem Volke im Norden wie, solange Wucherer und Schieber das Volk ausplündern und durch ihr Treiben der Arbeitererschaft die Lust zur Arbeit nehmen, kommt das deutsche Volk nicht aus dem heutigen Elend heraus. Laßt uns deshalb zusammenstehen im Kampfe gegen die Schieber und Wucherer im Baugewerbe! Laßt uns den Kampf gegen die Selbstsucht aufnehmen und laßt uns deutlich die gemeinschaftliche Regelung des Bau- und Wohnungswesens fordern.

Im einzelnen haben wir folgende Forderungen zu stellen:

1. Richtigste Erfassung des verfügbaren Wohnraumes unter Mitwirkung der wohnungslosen Mieter.
2. Befreiung des privatrechtlichen Wohnungswuchers durch Überführung des Besitzrechtes der Miethäuser in die gemeinschaftliche Hand von Heimstätten und Heimstättenverbänden.
3. Stärkste Bekämpfung des Bauwuchers. Verbot des Wuchers von Bauwuchern. Ausbau des Besitzrechtes an Bauwuchern aller Art.
4. Sozialisierung der Zement- und Kalkindustrie und weitestgehende Unterstützung der von der deutschen Bauarbeiterschaft angeleiteten Sozialisierung der Baubetriebe.
5. Überführung des Besitzrechtes am Boden in die öffentliche Hand. Befreiung des Bodens mit der Grundpflicht intensiven Anbaus zur Wohnung unter Lebensmittelerzeugung.
6. Fortwährende Unterstützung der bestehenden gemeinnützigen Wohnungsvereine mit Land, Baupreisen und Kapital zur Förderung von Heimstätten mit Gärten.
7. Sicherung und Erweiterung der bestehenden Landbesitzverhältnisse und sonstigen Kleinrenten für landlose Bauern.

Deutsche Bauarbeiter, Mieter, Siedler, Kleingärtner! Wir erwarten, daß ihr alleamt die Versammlungen am 1. Juli besucht und sie zu einer Kampfbewegung gegen die heutige Wohnungsnot und für die Sozialisierung der Sozialisierung macht. Die Vorstände der baugewerblichen Arbeiterverbände.

Zum Verbandstag.

Die Aufgaben, die diesem Verbandstag bevorstehen, sind recht weitgehend. Es müssen die Finanzen geregelt werden. Da dreißig es sich in erster Linie darum, diese zu härten und das Unterhaltungsweien auszubauen. Das die Kämpfe nicht kleiner werden, wissen wir. Es ist also notwendig, die Beiträge um ein beträchtliches zu erhöhen, und zwar ist es der Meinung, hierfür den Durchschnittpunkt eines Fabrikarbeiters anzunehmen. Er wird in den nächsten Jahren etwas höher sein als am Ende. Es ist möglich, daß ein Teil unserer Kollegen in den Betrieben über die Höhe des Beitrags sich ärgern wird, weil er nicht befriedigend ist, was zur ganzen Sache notwendig ist. In den letzten Jahren war der Beitragbeitrag oft um 50 Prozent höher als der Stimmzettel. Anders aber liegt es mit der Reformierung der Unterhaltungsleistungen. Ich sehe auf dem Standpunkt, daß die Streikunterstützung ganz beträchtlich erhöht werden muß und siehe mich an, zu erklären, wie man alles in allem 75 Prozent des Verdienstes beitragen. Jedes liegt die Dinge mit der Kranken- und Arbeitslosen-Unterstützung. Unsere Kollegen muß auch in dieser Situation geholfen werden, und zwar deshalb, wenn jemand krank ist, muß er sich erholen können, und er kann sich nicht erholen, wenn er nicht die Mittel dazu in der Hand hat. Jeder Krank muß mindestens 75 Prozent von seinem Verdienst als Krankenlohn haben. Die Krankenkassen haben ihre Sätze erhöht, deshalb wird der Beitrag nicht allzu hoch sein, da die Organisation darauf zu legen hat, um 75 Prozent zu erhöhen; die Krankenzinse ist der bei den Krankenkassen anzunehmen oder einseitig zu gestalten, so daß die ersten zwei Tage als Krankenzinse gelten. Die Arbeitslosen-Unterstützung muß 85 Prozent vom Verdienst betragen. Wenn hingegen Einkommensgrenzen gesetzt werden sollen, daß das nicht durchführbar ist, so muß ich erklären, daß jeder unserer Kollegen benötigt ist, so schnell wie möglich wieder Arbeit zu bekommen und daß es niemandem einfallen wird, länger arbeitslos zu sein, als es notwendig ist. Mit dem Augenblick, wo unsere Unterhaltungsleistungen geregelt sind, wird sich nicht ein einziger Mitglied unserer Organisation finden, das gegen einen zu hohen Beitrag protestieren würde. Auch bei den anderen Unterhaltungsleistungen muß der Gehaltsbeitrag Rechnung getragen werden. Die Grundlage ist, daß sich die Arbeitslosenleistungen auf dem Verbandstag im Rahmen der Beschäftigten bewegen. Unser langjähriger Vorsitz zum Verbandstag ist ein Vorbild, das nicht missachtet werden darf.

Johann Böhmig.

Ein Mann, der die Welt der Arbeiter für seine Lage... (Text continues with a detailed account of a worker's perspective on social issues and the need for collective action.)

Aus der Industrie

Papier-Industrie

Kohlen-, Zellstoffnot und Preisbildung in der Papierindustrie.

Während der Kriegszeit gehörten die Zellstoff-Fabriken zu den bevorzugten Betrieben der Kriegswirtschaft, deren Erzeugnisse in der Sprengstoff- und Velleidungsindustrie sowie in der Krankenpflege von großer Bedeutung waren. Nach Beendigung des Krieges fiel diese Bevorzugung weg. Die Zellstoff-Fabriken wurden von da an in der Kohlenbelieferung geradezu stiefmütterlich behandelt. Die Folge davon waren Betriebsstörungen und Betriebsstillstände. Kaum daß deutsche Zellstoff herzustellen, mußte zu teuren Preisen ausländischer Zellstoff eingeführt werden, wodurch selbstverständlich die Papierpreise eine wesentliche Verteuerung erfuhren.

Der Kohlenmangel wirkte auf die Produktionsfähigkeit der meisten Zellstoff-Fabriken geradezu verheerend. Ein erheblicher Teil der Betriebe, besonders die größten und leistungsfähigsten, lag monatelang still oder konnte nur mit außerordentlich stark beschränktem Betriebe arbeiten, wie z. B. die beiden Königsberger Zellstoff-Fabriken. Die größte europäische Zellstoff-Fabrik, Babcof bei Mannheim, sah sich vor kurzer Zeit veranlaßt, infolge des Kohlenmangels ihren Angestellten folgendes Schreiben zu gehen:

„Wie allgemein bekannt, ist es uns trotz aller Bemühungen in den letzten 6 Monaten nicht gelungen, die hiesigen Werke mit deutschen Kohlen zu versorgen. Amerikanische Kohlen konnten wir nur für einen etwa dreiwöchigen Betrieb beschaffen. Seit Januar 1919 haben wir 9 Monate völlig still gestanden und trotzdem Beamte und Arbeiter durchgehalten. Heute löst aber ein einziger Monat Stillstand die Fabrik zwei Millionen Mark, welche Summe bei weiterem Steigen sämtlicher Faktoren noch wesentlich überschritten werden wird. Der hiesige Betrieb wird dadurch berart verlustbringend, daß ein Durchhalten desselben, wenn die schlechten Verhältnisse anhalten, nicht zu verantworten ist. Bei dieser Sachlage hat die Verwaltung in Erwägung gezogen, fürnächst eine allgemeine Kündigung der Angestellten auf 30. Juni d. J. anzupfehlen, in der Hoffnung, daß es den vereinigten Anstrengungen von Direktion, Beamten und Arbeitern doch noch gelingen werde, Kohlen in solcher Menge zu beschaffen, daß das Durchhalten und damit ein Widerruf der Kündigung möglich gemacht werden würde. Da wir größten Wert darauf legen, uns unsere Beamtenschaft zu erhalten, und mit Rücksicht auf die derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse, haben wir uns jedoch entschlossen, von der geplanten Maßnahme zur Zeit abzusehen, sind aber gezwungen, vom 1. Juli d. J. an gemäß § 12 der Verordnung über Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung vom 12. Februar 1920 zu verfahren, wenn es uns nicht gelingen sollte, bis dahin eine ausreichende Versorgung mit Kohlen zu erzielen.“

Vor einiger Zeit wurden die beiden Königsberger Zellstoff-Fabriken durch den Stimmeslangern aufgekauft. Was der Regierung und den Reichsbehörden nicht gelingen wollte, der westfälische Kohlenmagnat Stimmes löste das Problem der Kohlenversorgung der beiden Königsberger Zellstoff-Fabriken im Handumdrehen. Diese Tatsache weist auf unsere gesamte Kohlenversorgung allerdings ein eigenartiges Licht.

Selbstverständlich blieb der Kohlenmangel nicht nur auf die Zellstoff-Fabriken beschränkt, sondern machte sich auch in der übrigen Papierindustrie sehr bemerkbar. Die Fabrikanten mußten in sehr vielen Fällen zur Erhaltung ihrer Betriebe übergehen, um überhaupt nur ihre Betriebe notdürftig aufrecht erhalten zu können. Dampferanlagen wurden eingebaut, Torf, Holz und andere minderwertige Brennstoffe wurden als Ersatz für die fehlende Steinkohle herangezogen. Trotzdem konnten in sehr vielen Fällen die Betriebe nicht immer im Gang gehalten werden. Selbst in unmittelbarer Nähe der westfälischen Kohlenfelder kamen Betriebe wegen Kohlenmangels zum Stillstand. So berichtet die Dünkelbacher Handelskammer über die Geschäftslage der Papierfabrik Gernies u. Co. in Düsseldorf folgendes: „Die Fabrik hat in Friedenszeiten mit vier Papiermaschinen bei Tag- und Nachtschicht 2000 Doppelablagen Papier geliefert. Durch Kohlenmangel hat sie voriges Jahr nur 182 Tage arbeiten können, und die Jahresproduktion ist von 2000 Doppelablagen auf nur 391 gestunken, beträgt also nicht einmal mehr 20 v. H.“ Die Königsberger Papierfabrik hat nach ihrer Angabe in den Monaten Februar 1919 bis Januar 1920 zusammen 1335 Stunden Betriebsstillstand zu verzeichnen gehabt.

Lang der wirtschaftlich — nicht finanziell — ungünstigen Lage, in der sich die Papierindustrie infolge der schlechten Kohlenlieferung befindet, sollte die Kohlenlieferung an die Betriebe der Papiererzeugungsindustrie noch mehr eingeschränkt werden, und zwar zugunsten der Kalkindustrie. Dagegen legen die Unternehmer der Papiererzeugungsindustrie sowohl beim Reichswirtschaftsministerium als auch beim Reichswirtschaftsrat Protest ein. Dieser Protest, dem sich der Reichswirtschaftsrat angeschlossen hat, zur Folge, daß die Rationierung auf 10 Prozent des Kohlenkontingents ermäßigt wurde. Dagegen legte der Verein deutscher Papierfabrikanten ebenfalls Protest ein und verlangte eine erhebliche Steigerung der Kohlenrationierung. Dieser Forderung scheint das Reichswirtschaftsministerium etwas mehr Rechnung tragen zu wollen, denn der Bevollmächtigte der Angewandtenstelle konnte am 22. April d. J. bereits melden, daß die Zellstoffherzeugung in der letzten Zeit wieder im Steigen begriffen sei und auf Grund der getroffenen Maßnahmen in absehbarer Zeit der vollständige Bedarf wieder aus der eigenen Erzeugung gedeckt werden könne.

Gleichzeitig hat das Reichswirtschaftsministerium beschlossen, die Einfuhr ausländischer Zellstoffs wieder zuzulassen. Eine Lösung der Zellstoff- und der damit verbundenen Papierknappheit wird durch die Steigerung der Zellstoffeinfuhr nicht herbeigeführt. Dazu bedarf es der Produktionssteigerung durch Erhebung erheblicher Kostenmengen. Die deutsche Zellstoffindustrie, die vor dem Kriege nicht nur den Inlandsbedarf vollständig deckte und dazu noch erhebliche Mengen Zellstoff nach dem Auslande ausfuhrte, muß endlich wieder auf die Höhe ihrer früheren Leistungsfähigkeit gebracht werden, dann ist auch wieder eine Verbilligung der Papierpreise zu erwarten.

Die vom Auslande eingeführten Zellstoffe und die besonders von indonesischen Papierfabriken eingeführten neueren amerikanischen Kohlen führen eine bedeutende Verminderung des fertigen Papiers herbei, daß dieses nur unter sehr hohen Preisen im Inlande abgesetzt, in der Hauptsache aber wieder ausgeführt werden mußte. Die auf diese Weise herbeigeführte Verminderung war demnach, daß der Staat zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit erhebliche Zuschüsse leisten mußte. So berichtet der „Papierfabrikant“ in seiner Nr. 19 vom Jahre 1920 in einem Artikel über die Lage des graphischen Gewerbes, daß „im März dieses Jahres die staatliche Unterstützung 10 Millionen Mark betrug“. Die Zuschüsse zahlte den Betrieben pro Tonne des von ihnen verbrauchten Papiers, das sich heute auf etwa 4 Mt. stellt, 1 Mt., so daß die Gewinnaufschlag auf den Herstellungskosten einer großen Tageszeitung mit 10 Pf. beträgt ist.“

Die übrige Papierverarbeitungsindustrie erhielt keine staatlichen Zuschüsse. Dafür liegen aber die Preise im unermesslichen. Darüber berichtet der „Papierfabrikant“ in dem gleichen Aufsatze folgendes: „Die Dinge liegen heute so, daß eine Zeitungsnummer, die früher 60 Pf. kostete, in absehbarer Zeit bei unerschwinglichen Preisen von 20 Mt. erreicht haben wird, ein Scherzstück, das früher 10 Pf. kostete, nur für 2 Mt. und weiter verkauft werden kann.“ Diese Zustände sind auf die Dauer unhaltbar und müssen beseitigt werden. Solange die deutsche Industrie einen sehr niedrigen Stand im Auslande hatte und die deutschen Papiere aus Papiermüllern mit verhältnismäßig hohen Kultursteuern im Auslande abgesetzt werden konnten, machten sich die Papierindustriellen über die Preisermittlung wenig Kopfzerren. Selbst im Inlande wurde jeder Preis bezahlt, immer in der Hoffnung auf gut bezahlten Absatz im Auslande. Die Hoffnung ist durch das schnelle Emporschießen der deutschen Währung im Auslande während der letzten Wochen gänzlich ge-

worden. Gleichzeitig mit dem Steigen des deutschen Geldwertes ist der Wert des ausländischen Geldes im Sinken begriffen. Dadurch ist die deutsche Papierindustrie mit ihren Verkaufspreisen an die Weltmarktpreise herangerückt, hat sie vielleicht auch teilweise bereits überschritten. Dazu kommt noch das übergroße Angebot fertiger Waren, die von Schiebern und Spekulanten in Erwartung höherer Auslandspreise bisher zurückgehalten wurden und nun auf dem Papiermarkt aufstauen, allerdings zu sehr hohen Preisen. Infolgedessen werden nicht nur zum großen Teil die Auslandsaufträge annulliert, auch die deutschen Wochensymbole halten mit ihren Aufläufen vorzichtshalber zurück in der Erwartung einer rückwärtigen Preisbewegung.

Obwohl die Lager der Papierverarbeitungsindustriellen ziemlich leer sind, halten auch diese mit den Einkäufen zurück. Die gesamten Papierindustriellen, die sich an die hohen Konjunkturgewinne gewöhnt haben, wollen natürlich auch in Zukunft auf diese nicht gerne verzichten. Infolgedessen ertönt aus den Kreisen der Papierarbeiter, die vor wenigen Wochen noch jeden Wucherpreis an Schieber, Einschlepphändler und andere Revolutionsgewinnler bezahlt haben, der Ruf nach einer Ermäßigung der Inlandspreise. So gerät besonders in der Papierverarbeitungsindustrie der Wirtschaftsklassen in Stockung. Die Folge davon wird eine größere Arbeitslosigkeit sein, die verschleierte Unternehmer zum Abbau der auch heute noch unzureichenden Löhne zu bewegen werden. Andere Unternehmer hoffen auf neue Arbeiterertrüben, damit durch die dabei hervorgerufenen Störungen im deutschen Wirtschaftsleben das Vertrauen des Auslandes zum Deutschen Reich abermals erschüttert wird, wodurch dann die Wälna des deutschen Geldes wieder sinkt und damit, nach Beendigung der Unruhen, die Wälna- und Konjunkturgewinne wieder emporschießen. Diese Gefahren des deutschen Wirtschaftslebens machen sich um die Zugrundelegung der gesamten deutschen Volkswirtschaft wenig Schmerzen, wenn nur ihre Geldgier befriedigt wird.

Diese Verhältnisse auf dem Wirtschaftsmarkt werden wahrscheinlich in nächster Zeit zu schweren Lohnkämpfen führen. Die Arbeitererschaft wird sich — solange an ein allgemeines Sinken der Preise auf dem Lebensmittel- und Bedarfsartikelmarkt nicht zu denken ist — gegen einen Lohnabbau nicht nur wehren, sondern sogar noch neue Lohnforderungen stellen müssen. Daß von Seiten der Unternehmer an einen Abbau der Löhne ernstlich gedacht wird, geht aus dem Munde vieler Unternehmer hervor. Vorläufig predigen sie den Stillstand der Löhne, um bei passender Gelegenheit den Abbau derselben zu fordern. In der Nr. 35 der „Papierzeitung“ schreibt der Dünkelbacher Papierfabrikant R. E. (Robert Emmel) zu diesem Thema: „Der Abbau kann meines Erachtens nicht von dem Erzeuger ausgehen, vielmehr ist ein Abbau von unten herauf zu erstreben. Die den Verhältnissen entsprechenden Lohnforderungen waren berechtigt, aber heute liegt keine Bedingung für weitere Lohnerhöhungen vor, da die Lebensmittel anfangen, billiger zu werden.“

Herr R. E. möchte wissen, daß die wichtigsten Lebensmittel, wie Brot, Fleisch, Fett, Kartoffeln usw., unverhältnismäßig Erhöhungen erfahren haben. Wenn R. E. weiter schreibt, daß der Abbau von unten herauf erfolgen müßte, so heißt das doch auf gut deutsch nur: fangt bei den Löhnen der Arbeiter an. Die Arbeiter werden sich einen so gedachten Abbau nicht gefallen lassen können. Infolgedessen erscheinen uns in der kommenden Zeit scharfe Wirtschaftskämpfe unausbleiblich. Diese Wirtschaftskämpfe müssen aber mit Ruhe und Besonnenheit geführt werden, damit die Arbeitererschaft nicht jenen Wälna- und Spekulantens Wucher auf die Wälna ihres unfauberen und volkschädigenden Handwerks führt.

Vermieden können solche Kämpfe nur werden, wenn das Unternehmertum wieder zur gründlichen Kalkulation seiner Erzeugnisse zurückkehrt, sich gründlich seiner Kriegs- und Revolutionsgewinnsucht entwendet, der Vater Staat aber für eine gründliche Belieferung der Industrie mit Kohlen und sonstigen Rohstoffen sorgt, damit die Industrie wieder ihre Betriebe flott machen kann. Die Lösung der Industrie muß wieder werden: Geringer Gewinn an einzelnen Gegenständen, dafür aber erhöhte Produktion und nicht, wie bisher, bei einer geringen Produktion hohe Stückgewinne.

Papier verarbeitende Industrien

Die preistreibenden und lohnschindenden Tapetenfabrikanten.

„Wie lange noch“, fragt in der Nr. 11 der „Tapetenzeitung“ ein Tapetenhändler, „sollen die Preistreiber der Tapetenfabrikanten gehen?“ Am 15. Juni tritt abermals eine Preiserhöhung für Tapeten in Kraft. „Die billigste Tapete muß von diesem Tage an 5 Mt. kosten. Mit anderen Worten: Eine Tapete, die in Friedenszeiten mit 15 Pf. verkauft wurde, muß in den nächsten Monaten mit dem stolzen Preise von 5 Mt. gehandelt werden! Dieser ungeheure Aufschlag entspricht also nahezu dem 35fachen des Friedenspreises“, ruft der erwähnte Tapetenhändler aus.

Dabei klagten die Tapetenfabrikanten bei den Lohnverhandlungen Stein und Wein über ihre wirtschaftliche Not. Die armen Herren nagen seit Ausbruch des Weltkrieges am Hungertuche, sie und ihre Familien können sich nicht mehr fassen, sogar so weit ist es mit der Notlage der deutschen Tapetenindustrie gekommen, daß die Herren mit ihren Familienangehörigen die altbewährten Lederstiefel mit den proletarischen Holzklumpen vertauschen mußten. Aus diesem Grunde haben sie auch die Lohnverhandlungen Anfang Mai in die Brüche gehen lassen, nachdem die Vertreter der Arbeitererschaft die angebotene Lohnerhöhung von 20 Pf. pro Stunde für Facharbeiter, 10 Pf. für Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen über 21 Jahre alt als ungenügend ablehnen mußten.

Am Tage der Verhandlung verlangten die anwesenden Arbeitervertreter, daß der tarifliche Schlichtungsausschuß über diese Frage entscheiden solle. Die Unternehmer lehnten eine Entscheidung der Schlichtungskommission darüber ab, mit der Begründung, daß dieses Sache des Arbeitgeberverbandes sei. Selbstverständlich ging die Arbeitererschaft in den einzelnen Betrieben dazu über, ihre Forderungen örtlich durchzubringen. Ein Teil der Arbeitgeber bewilligte oder einigte sich örtlich mit seiner Arbeitererschaft. In Braunschweig bewilligte der Unternehmer die Forderung seiner Arbeiter, kündigte denselben aber mit der Begründung, daß er keine Bude schließen würde. Die Leipziger Kollegen wurden durch die mangelnde Bewilligungsfreudigkeit ihres Arbeitgebers, der gleichzeitig die Ehre hat, Vorsitzender des Vereins deutscher Tapetenfabrikanten zu sein, in den Streit getrieben. Telegraphisch verlangte der Arbeitgeberverband die Wiederaufnahme der Arbeit und Einhaltung der vertraglichen Bestimmungen. Die Verhandlung der Arbeiter erklärte sich bereit, in diesem Sinne auf die Leipziger Kollegen einzuwirken, verlangte aber, daß endlich der Schlichtungsausschuß über die Lohnfrage entscheiden solle. Die Leipziger Kollegen nahmen auch die Arbeit wieder auf und warteten auf die Entscheidung des Schlichtungsausschusses. Mit ihnen glaubten die Verhandlungsleiter und alle übrigen Kollegen im Reich, daß der Schlichtungsausschuß nun endlich seine Aufgabe als Friedensvermittler erfüllen würde. Diese Hoffnung war eine trügerische. Die Arbeitererschaft denkt — und der Arbeitgeberverband lenkt, allerdings nicht im Interesse des wirtschaftlichen Friedens.

Da die Arbeitgeber mit ihrer entgegenstehenden Antwort über die Regelung der Lohnfrage auf sich warten ließen, wurden die Kollegen Stähler und Philipps am 8. Juni beim Syndikus des

Arbeitgeberverbandes vorstellig. Die Antwort des Geschäftsführers des Arbeitgeberverbandes, Dr. Felbgen, war zwar nicht besonders überraschend für die Arbeitervertreter, kennzeichnet aber das soziale Pflichtbewusstsein der Tapetenbarone. Kurzerhand wurde erklärt: die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes haben durch Mundschreiben und der Vorstand hat in seiner Sitzung beschlossen, daß

1. für die Monate Mai und Juni keine Lohnhöhungen gewährt werden,
2. daß der Arbeitgeberverband grundsätzlich geneigt ist, vom 1. Juli an einen neuen Tarifvertrag mit der Organisation abzuschließen, an Lohnhöhungen sei nicht zu denken. Dafür bestehen aber die Unternehmer darauf, daß eine Verschlechterung des bestehenden Vertrages eintritt und mindestens die Entschädigung der Arbeiterschaft in der Höhe von 50 Prozent des Lohnes bei Stillständen wegen Kohlen- und Holzstoffmangels usw. in Wegfall kommt.

Wie lange noch, so fragen wir, glauben die Herren der Tapetenindustrie ihre Arbeiterschaft am Narrenseile herumzuführen zu können? Bald hat die Tapetenarbeiterschaft endgültig die Lust verloren, im Interesse ihrer Fabrikanten den Hungerriemen immer noch enger zu schnallen. Aber auch die Gewerkschaftsführer verzichten schließlich darauf, im Interesse der Tapetenfabrikanten für den Wirtschaftsfrieden einzutreten und sich in den Betrieben von den Herren Unternehmern der Arbeiterschaft gegenüber auszuspielen zu lassen.

Zunächst empfehlen wir den Kollegen derjenigen Betriebe, die sich mit ihrem Unternehmer in Lohnstreitigkeiten befinden, sofort die staatlichen Schlichtungsausschüsse zur Entscheidung anzurufen und ihre Forderung auch damit zu begründen, daß die Arbeitgeber der Tapetenindustrie durch ihre Organisation den tariflich festgelegten Schlichtungsausschüssen sabotieren, indem sie den Zusammentritt desselben verhindern und ihm das Recht absprechen, über die Lohnstreitigkeit zu entscheiden. Die Zahlungsfähigkeit der Unternehmer mögen sie damit begründen, daß die Tapetenpreise um das 35fache des Friedenspreises gestiegen sind, die billigste Tapete pro Rolle 5 Mk. kostet, während die außerhalb des Tapetenringes stehenden Fabrikanten die Rolle der billigsten Tapeten noch mit 2,80 Mk. verkaufen. Wenn die Ringfabrikanten an der Rolle der billigsten Tapeten noch 2,20 Mk. mehr verdienen als ihre außerhalb des Ringes stehenden Konkurrenten, dann können sie auch die berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft erfüllen.

Am Ende dieses Monats läuft der bisherige Vertrag endgültig ab. Die Unternehmer haben es in der Hand, ob sie durch Entgegenkommen sich die Ruhe in ihren Betrieben wahren oder den wirtschaftlichen Kleinriegel von Betrieb zu Betrieb haben wollen. In ihrer Hand liegt die Entscheidung. Die Organisation ist bereit, auf tariflicher Grundlage die Lohn- und Arbeitsverhältnisse weiter zu regeln, wenn die Unternehmer das nötige soziale Verständnis zu den Verhandlungen mitbringen. Fehlt dieses, dann werden wir die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzeln für jeden Betrieb vornehmen, dann werden wir den Fehdehandschuh aufnehmen, den die Unternehmer ihrer Arbeiterschaft vor die Füße geworfen haben.

Für die Tapetenarbeiterschaft erwächst die Pflicht, sich nicht durch die Machenschaften der Liepmann und Konsorten in ihrer Einigkeit stören zu lassen. Die geschilderten Vorgänge beweisen, worauf es diesen Herren ankommt, wenn sie versuchen, den Klassenkampf zwischen Fach- und ungelerten Arbeitern in der Tapetenindustrie zu entfachen. Aus diesem Grunde besteht für die deutsche Arbeiterschaft die Pflicht, die geschlossene Einigkeit zu wahren, dann wird an derselben auch die Startfähigkeit verschärfener Tapetenfabrikanten zerfallen. G. St.

Keramische Industrie

Der Abbruch von Ziegeleien.

Über den Abbruch der Helmstedter Tonwerke schreibt die "Bodenreform":

Einen wichtigen Beitrag zur Baustofffrage brachte die Besichtigung der Helmstedter Tonwerke. Sie wurden zu Beginn dieses Jahres auf Abbruch verkauft zu einem Preise von rund 420 000 Mk. Für den Boden erhielt der Unternehmer bald darauf 300 000 Mk., und nun begann die Ausschachtung. Die Maschinen und Eisenteile, Holz und die durch den Abbruch gewonnenen Steine wurden verkauft, in der Hauptsache nach dem Westen. Und es gehört wohl keine zu große Einbildungskraft dazu, um sich vorzustellen, wie diese Steine mit gutem Kaliumgewinn nach Holland wandern und von da mit neuem Kaliumgewinn nach Nordfrankreich, wo wir sie dann — durch diesen Zwischenhandel natürlich um Mehrfache verteuert — wieder bezugeln müssen als Material zum Aufbau Nordfrankreichs. Man rechnet, daß der Kage Unternehmer in wenigen Wochen Hunderttausende bei diesem Abbruch bereits verdient hat. Hauptmann Schumbe und sein Freund Pfeiffer kamen nun auf den merkwürdigen Gedanken, daß die vielen guten Steine für ihre nahegelegenen Heimgartenbauten in Wäldern ihre natürliche Verwendung finden könnten. Aber alles Verhandeln schien vergeblich. Der Unternehmer unterbreitete jede Darlegung über Zweck und Ziele der Siedlung mit den Worten: "Haben Sie Geld? Siedlungspläne sind genug bei mir gewachsen; aber das geht mich nichts an. 1000 Steine, bei 20 Prozent Preis, kosten 150 Mk. beim Abbruch von der Baustelle. Haben Sie Geld?" — Wie die Stimmung der Arbeiterbevölkerung unter solchen Umständen war, bedarf keiner Aufklärung. Da trat eine erfreuliche Wendung ein. Der baunehmende Wohnungsminister, Dr. Christoph, ein sozial gebildeter und empfindlicher Mann, erklärte: Da die Maschinen und alle Zimmereinrichtung entfernt seien, stellen die noch stehenden Reste der Baustellen in Bräunlingen nichts weiter dar als eine Lagerung von Baustoffen, und Baustoffe dürfe und müsse er im Interesse gemeinnütziger Siedlung beschlagnahmen. Und so geschah es. Und man hofft nun, zu dem halben Preise zu dem Baumaterial zu kommen, und wir hoffen es auch, obwohl wahrscheinlich noch ein Prozeß entstehen wird zur Entscheidung der Frage, ob solche Baustoffe wirklich nur als Baustoffe anzusehen seien oder nicht. Es werden zur Zeit viele Gebäude in Bräunlingen auf Abbruch verkauft. Soeben werden die Tageszeitungen von einem Herrn Gaas in Magdeburg, der zu solchem Zweck allein 70 Häuserbauten aufgestellt habe. Sätze in jedem Kreise ein tüchtiger Heimgartenbau, so könnte er auf diesem Wege wohl manchen billigen Baustoff für Heimgartenbau absetzen. Gewiß kann solcher Abbruch unter Umständen kaumbar bedeuten; aber in der Regel handelt es sich bei ihm doch nur um solche Betriebe, bei denen der Rohstoff, wie hier der Ton, ausgegangen ist, oder die technisch nicht ganz auf der Höhe stehen oder wo die Kosten zum Betriebe steigen. In jedem Fall, wenn doch schon abgebrochen werden soll, dann soll aus den Steinen nicht nur billiger Gewinn, sondern auch neues Heimgartenleben entstehen.

Überfeld. Der Deutsche Bauarbeiter-Verband, der im berg. Lande trotz wiederholten Einspruchs die Agitation in der Ziegelindustrie nicht lassen kann, hat naturgemäß auch hier Mitglieder gewonnen. Die Unternehmer lehnen mit berechtigten Gründen den Bauarbeiter-Verband als

in der Ziegel-Industrie nicht zuständig ab. Am 3. Juni 1920 fand in Witten eine Versammlung der Ziegelarbeiter des berg. Landes statt, die sich mit der Organisationszugehörigkeit der Ziegelarbeiter und mit dem Tarifwesen im Ziegelgewerbe beschäftigte. Die Versammlung war von unserer Organisation einberufen worden, weil der Bauarbeiter-Verband einen Teil der Betriebe stillgelegt hatte, um so die Unternehmer zu zwingen, den Bauarbeiter-Verband als Tarifkontakant anerkennen. Der Kollege Bahrt (Düsseldorf) nahm Gelegenheit, in dieser Versammlung das Vorgehen des Bauarbeiter-Verbandes trefflich zu illustrieren. Unter Aufzählung aller gewerkschaftlichen Grundzüge benutzte man hier die Ziegelarbeiter, für die besonderen Interessen des Bauarbeiter-Verbandes scharf zu machen, indem man ihnen die Sozialisierung im Baugewerbe vorhält. Bezeichnend ist, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen, die durch den Bauarbeiter-Verband abgeschlossen sind, auch unter den Ziegelarbeitern volle Zufriedenheit gefunden haben, auch bei jenen, die dem Deutschen Bauarbeiter-Verband angehören. Man streift also nicht um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern um eine nackte Prinzipienfrage des Bauarbeiter-Verbandes. Durch das Eingreifen unserer Organisation gelang es, die Ziegelarbeiter vor weiterem Schaden zu bewahren, indem sie beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen und die Organisationen sich dahin verständigten, daß an den künftigen Lohnverhandlungen ein Vertreter des Bauarbeiter-Verbandes mit beratender Stimme teilnehmen kann, daß aber nach wie vor der Bauarbeiter-Verband als Tarifkontakant in Frage kommt. Wir aber warnen alle Ziegelarbeiter im Weiche, nicht in dieselben Fehler zu verfallen und zu ihrem Schaden eine Zersplitterung der Organisation herbeizuführen. Die Ziegelarbeiter im berg. Lande werden aus diesem Streit gelernt haben, daß ihre wirtschaftlichen Interessen nur in der für sie zuständigen Organisation erledigt werden können.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung

Die Aufbesserung der Unfallrenten.

Die ergreifenden Klagen der Rentenempfänger über die Ungünstigkeit ihrer Bezüge mehren sich ständig. Ganz besonders schämen wir es mit den in höherem Grade Erwerbsunfähigen in der Unfallversicherung bestellt, namentlich wenn ihre Rente vor dem Kriege nach einem sehr niedrigen Jahresverdienst festgesetzt worden ist. Jetzt hat die Reichsregierung endlich eine Verordnung erlassen, die eine Erhöhung der Unfallrenten vorsieht. Die Frage wird in der Weise gelöst, daß Zuschläge eingeführt werden, und zwar je nach den Beiträgen, in denen die Renten festgesetzt wurden. Bekanntlich blieben bisher in der Unfallversicherung die Verrentungsbedingungen, die sich neben dem Maße der Erwerbsunfähigkeit nach dem Jahresarbeitsverdienst der Berufstätigen richteten, immer nach diesem Verdienst bemessen. Bei der fortschreitenden Geldentwertung war die Folge die, daß eben die Renten immer wertloser wurden. Die jetzt festgesetzten Zuschläge sind nun um so höher, je länger die Rente besteht.

Es wird unterschieden zwischen Renten für landwirtschaftliche Arbeiter und Seelente einerseits, weil für diese der Jahresarbeitsverdienst sich nach amtlich festgesetzten Durchschnittssätzen richtet, die meist zu niedrig festgesetzt waren, und den Betriebsangestellten und gewerblichen Arbeitern andererseits, für die immer der Jahresarbeitsverdienst sich nach den tatsächlichen Gehältern und Löhnen richtete. Allerdings hier auch mit der Einschränkung, daß die über eine gewisse Grenze (zuletzt 1800 Mk. jährlich) hinausgehenden Beträge nur mit einem Drittel zur Berechnung kamen und noch kommen.

Eine Beschränkung der Zulagen besteht darin, daß sie nur solchen Verletzten gewährt werden sollen, die eine Rente von 50 vom Hundert und mehr der Vollrente beziehen. Das ist nur ein sehr kleiner Teil der Rentenempfänger. Es muß jemand schon eine recht erhebliche Verletzung erlitten haben, wenn er eine solche Rente bezieht, z. B. mindestens ein Bein oder einen Arm verloren haben. Weiter erhalten die Zulage nur die Verletzten, deren Unfall sich vor dem 1. Februar 1920 ereignet hat. Man nimmt an, daß bei der Berechnung von Unfällen, die später eingetreten sind, ein Jahresarbeitsverdienst in Ansatz kommt, der den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen noch entspricht. Schließlich sollen vorläufig die Zulagen auch nur bis zum 31. Dezember 1921 gewährt werden. Es wird dann je nach dem Stande der Leistung wieder über die Fortzahlung der Zulagen Bescheid gefaßt werden.

Die Zulagen zu den Verletztenrenten betragen bei landwirtschaftlichen Arbeitern und Seelenten bei Unfällen aus den Jahren 1885 bis 1900 zusammen 110 v. H., bei solchen aus den Jahren 1901 bis 1915 90 v. H. und bei den aus der Zeit von 1916 bis 31. Januar 1920 60 v. H. Bei Betriebsbeamten und gewerblichen Arbeitern betragen diese Zuschläge 90, 70 und 40 v. H. der Rente. Erhält z. B. ein gewerblicher Arbeiter aus einem Unfall im Jahre 1887 eine Rente von 40 Mk. monatlich, so muß er jetzt 76 Mk. bekommen. Wird ihm jetzt noch wegen eines Unfalles im Jahre 1917 eine Rente von 60 Mk. monatlich gewährt, so muß er nunmehr eine Rente von 84 Mk. bekommen. Die Verletzten müssen jetzt noch zu 50 v. H. erwerbsunfähig sein; es genügt nicht, daß sie es jederzeit bei Festlegung der Rente waren. Da die Berechnung und Festlegung der neuen Zulagen immerhin eine Weile dauert, erhalten die Verletzten zunächst die bisherige Zulage von monatlich 20 Mk. weiter und dann die Differenz nachbezahlt. Sollte in einem Falle die alte Zulage höher sein als die neue, wird die alte weitergewährt.

Die Witwen, Kinder und Verwandten der aufsteigenden Linie, die Hinterbliebenenrenten aus der Unfallversicherung beziehen, erhalten ebenfalls Zulagen. Waren die durch Betriebsunfall Getöteten landwirtschaftliche Arbeiter oder Seelente, so beträgt die Zulage bei den Unfällen aus den Jahren 1885 bis 1900 80 v. H., bei solchen aus den Jahren 1916 bis 1919 40 v. H. Bei Angehörigen und gewerblichen Arbeitern beträgt die Zulage in den gleichen Jahresgruppen 60, 40 und 20 v. H. Die Zulagen werden nach dem Monatsbetrag der Rente berechnet. Für Unfälle, die sich erst nach dem 31. Dezember 1919 ereignet haben, wird der Zuschuß nicht gewährt. Berufstätige z. B. ein gewerblicher Arbeiter im Jahre 1908 und erhält seine Witwe und ein noch vorhandenes Kind eine Rente von zusammen 60 Mk. monatlich, so muß eine Erhöhung auf 90 Mk. eintreten.

Alle die Zulagen dürfen nicht gepfändet, übertragen oder sonst angezweifelt werden. Wird eine Zulage abgelehnt oder sonst nach Ansicht der Verletzten nicht richtig berechnet, so kann gegen den betreffenden Bescheid der Berufsgenossenschaft Beschwerde beim zuständigen Oberverwaltungsamt eingelegt werden, das endgültig entscheidet. Die Zulagen werden zusammen mit den sonstigen Rentenbeträgen von der Post ausgezahlt. Die Zulagen mögen wohl die Not der Rentenempfänger ein wenig mildern, aber genügend sind sie bei weitem nicht. So haben sich z. B. bei gewerblichen Arbeitern die Löhne gegenüber den Jahren 1901 bis 1915 weit mehr als verdoppelt. Die Zulagen betragen aber nur 70 bzw. 40 v. H.

Genossenschaftsbewegung.

Einem in die Konsumvereine!

Welche Formen unser Wirtschaftsleben auch noch annehmen wird, zwei Wahrheiten treten von Tag zu Tag deutlicher hervor: Die einzig auf persönlichen Gewinn gerichtete privatkapitalistische Wirtschaftsweise wird den Weg ihrer Umwandlung zur Gemeinwirtschaft weitergehen. Ferner zeigt sich deutlich, daß die neue Wirtschaft keine solche sein wird, in der bürokratische Verbundung einen Platz hätte. Das Wirtschaftsleben trägt eben diese bürokratische Regelung nicht, wie leicht an der Zwangswirtschaft zu ersehen ist. Das Wirtschaftsleben verlangt dringend, auf der Selbstverwaltung der Wirtschaftssubjekte aufgebaut zu werden. Was das gemacht werden kann, zeigen unsere Konsumgenossenschaften. Sie sind Träger des Gedanken wirtschaftlicher Selbstverwaltung. Die Konsumgenossenschaft erzieht zur Arbeit und Solidarität. Sie verbindet die Einzelwirtschaft mit dem großen

Preislaufe der Volkswirtschaft und erweckt den Sinn für solidarische Handeln, für eine planmäßige Organisation der Wirtschaft." So stand kürzlich in einer sozialpolitischen Zeitschrift zu lesen. Und nachdem darauf hingewiesen, daß das Genossenschaftswesen die über alle bisherigen Wirtschaftsformen hinaus entwickelte Form ist, heißt es weiter: "Deshalb sind die Genossenschaften zur Durchführung der Sozialisierung berufen. Sie bauen von unten auf; sie verhindern eine ungleichmäßige Entwicklung der Einkommen, die in letzter Folgerung zu einer Ausbeutung einer Arbeitergruppe durch andere führen muß."

Es ist wirklich nicht schwer, die hier gegebene Wahrheit zu erkennen und daraus die einzig mögliche Schlussfolgerung zu ziehen: Baut kräftig von unten auf; sammelt auch alle in den Konsumgenossenschaften, damit Sozialismus werden kann!

Rundschau.

Ergebnis der Reichstagswahl am 6. Juni 1920.

Unter Zurechnung der Abgeordneten der Abstimmungsgebiete ergibt sich nach den letzten amtlichen Auszählungen unter Verteilung der Reststimmen, daß der neue Reichstag insgesamt 461 Abgeordnete zählen wird. Die Mandatsverteilung ergibt mit dieser Zurechnung folgendes Bild:

Sozialdemokratische Partei	111
Zentrum	67
Demokraten	46
Christlich-sozialistische Liste	21
Deutschnationale Volkspartei	66
Deutsche Volkspartei	61
Unabhängige Sozialdemokratische Partei	80
Kommunisten	2
Bayerischer Bauernbund	4
Deutschnamersche Partei	5
Zusammen	461

Langsam mit dem Lohnabbau!

Der "Proletarier" Nr. 23 brachte unter "Rundschau" die Mitteilung über einen Beschluß der Arbeitgeber-Verbände, jede neue Erhöhung der Gehälter und Löhne abzulehnen. Aber schon in der Nr. 23 der "Deutschen Arbeiter-Zeitung" vom 6. Juni 1920 beweist der stellvertretende Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Hamburg-Altona, Herr Heinrich Wesemann, daß er weiß, was er seinem Amte schuldig ist. Er kann es nicht abwarten, bis die Unternehmer den Lohnabbau vornehmen. Er hat wohl auf Grund der Höhe seines eigenen Lohnes eingeschätzt, daß wir lieber heute als morgen darangehen müssen, die Lohnschraube wieder zurückzudrehen. Herr Wesemann hat bei seinen Bemühungen, die Notwendigkeit eines sofortigen Lohnabbaus nachzuweisen, eine Entdeckung gemacht, die einen Junimister aus dem 14. Jahrhundert ehren würde. Er schreibt: "Wollen wir unser Wirtschaftsleben über das gegenwärtige kritische Stadium hinwegbringen, so muß die Ursache der Preissteigerung beseitigt, müssen also die Löhne abgebaut werden."

Also die Arbeiter sind schuld, daß die Arbeiter, Kriegsgewinnler und Schieber nicht genug kriegen können. Wir hatten seither allerdings das kapitalistische System im Verdacht, daß es an der Preissteigerung schuld sei. Herr Wesemann beweist aber, daß die Arbeiter schuld sind, indem er so nebenbei Ursache und Wirkung ein klein wenig vertauscht.

Ein Sprichwort sagt: "Am niedrigsten Teile des Baumes steigt alles hinauf." So auch hier. Auf Kosten der Arbeitslöhne sollen unter allen Umständen die Dividenden gehalten werden. Man kann selbstverständlich den Aktionären nach den letzten Kriegsjahren nicht zumuten, mit weniger oder gar ohne Gewinn fürlieb zu nehmen. Deshalb herunter mit den Löhnen, den Riemern enger geschnallt, ihr Arbeiter, damit die Dividenden nicht sinken.

Nein, erst herunter mit den Preisen, muß es jetzt heißen, dann wird gekauft, und dann kann weiter produziert werden, ohne vorerst an Lohnabbau denken zu müssen. Statt dessen werden Betriebe stillgelegt, weil die Preise zu sinken drohen. Erschließliche Preisentungen regen die Kaufkraft an, um so mehr, als Warenhunger vorhanden ist. Würden aber die Löhne herabgesetzt, dann hörte die Kaufkraft breiter Massen überhaupt auf.

Durch den Wesemannschen Artikel soll anscheinend die Gemeingefährlichkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems nachgewiesen werden, denn in einer Zeit, in der alles nach Waren schreit, nichts Besseres zu wissen als Lohnabbau zur Gesundung der Verhältnisse, ist eine traffe Verkennung der Lage oder eine Mißachtung der Allgemeininteressen. Also vor allem Preisabbau. Von Lohnabbau reden wir noch nicht.

Zeuerungszuschläge zu den Gebühren für Zeugen und Sachverständige sowie zu den Tagegeldern und Reisekosten der Schöffen und Geschworenen.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat wiederholt durch Eingaben an die Reichsregierung um Erhöhung der Gebühren und Entschädigungen für Schöffen und Geschworene, Sachverständige und Zeugen nachgehrt. Der letzte Bescheid (siehe Nr. 19, Jahrg. 1920 des "Korr.-Bl.") stellt eine weitere Erhöhung in Aussicht, die nach Zustimmung des 6. Ausschusses der Nationalversammlung auf dem Verhandlungswege vom 1. Juni 1920 an um mehr durchzuführen ist. Nach dieser Vereinbarung sind die Tagegelder und Reisekostenzuschläge für Schöffen und Geschworene gegenüber der Verordnung vom 16. Oktober 1919 verdoppelt worden. Die Tagegelder betragen jetzt 20 Mark und die Entschädigung für Uebernahme der Verhandlung nach Reisegebühren für auswärtige Zeugen. Die Zeuerungszuschläge auf die Vergütungen für Zeugen und Sachverständige betragen das Zweifelhafte zu den Sätzen der Gebührenordnung für den durch Beweiserwerb vom Amtswahlort verursachten Aufwand wird ein Höchstbetrag an Auswärtigenentschädigung von 40 Mk. täglich und für ein Quartier 12 Mk. gewährt.

Diese Neuregelung erregt schon jetzt ungenügend. Die Begründung bemerkt darauf, daß die Hauptabteilung eine postulierende Pflicht sei, für deren Erfüllung billigerweise nicht in allen Fällen eine volle Entschädigung für den gesamten möglicherweise entstandenen Einmahneausfall verlangt werden könne. An diesem bei Einberufung des Gesetzes vom 10. Juni 1914 aufgestellten Grundsatze müsse festgehalten werden. Der Grundsatze kann aber doch keinesfalls auf die Schöffen und Geschworenen Anwendung finden. Die ungenügende Entschädigung trifft diese besonders hart, wenn sie aus unermittelten Quellen stammen, die bei jeder verkauften Arbeitsstunde mit einem empfindlichen Verdiensteausfall zu rechnen haben. Die Tagegelder werden in vielen Fällen den Verdiensteausfall bei weitem nicht decken und deshalb kann die Neuregelung bei Fortschreiten der Zeuerung unmöglich für längere Zeit Bestand haben.

Resultat der Wahlen zum dreizehnten Verbandstag.

Wahlkreisnummer	Gewählt	Zahlstelle	Wahlkreisnummer	Gewählt	Zahlstelle	Wahlkreisnummer	Gewählt	Zahlstelle		
1	Contenius, Otto	Hannover	59	Saße, Karl	Oderberg	117	Genler, Paul	185	Hochstedter, Karl	Eisenberg (Wald)
	Roch, Franz	"	60	Medelle, Karl	Freienwalde a. O.	118	Byrghus, Oswin	186	Schert, Gustav	Frankenberg
	Jarnell, Otto	"	61	Gielow, Gustab	Stettin	119	Wende, Hermann	187	Gropp, Karl	Altripp
	Böcker, Louis	"		Drach, Otto	"	120	Leubner, Max	188	Junker, Bernhard	Nischaffenburg
	Kaulbach, Chr.	"		Kienig, Willi	"	121	Kiebel, Albin	189	Hartig i. E.	Rassel
	Sonnenberg, Martha	"		Ränder, Wilhelm	"	122	Ringner, Otto	190	Leibsig	Darmstadt
	Maleski, Aug.	"		Hillmer, Richard	"	123	Schwarz, Robert	191	Präger, Otto	Frankfurt a. M.
	Preß, Karl	"		Musch, Bernhard	"	124	Brager, Otto	192	Flauen i. B.	"
	Suhr, Wilhelm	"		Barßig, Richard	"	125	Vöge, Fritz	193	Schleubig	"
2	Krull, Heinrich	Bielefeld	62	Braun, Anna	Röding i. F.	126	Köhler, Karl	194	Altensburg i. S.-A.	"
3	Sachs, Rudolf	Braunschweig	63	Zeichel, Hermann	Kolberg i. F.		Schäner, Felix	195	"	"
	Kobe, Willi	"	64	Klani, Franz	Stolp i. F.	127	Schöbenlein, Richard	196	"	"
	Wering, August	"	65	Dielmann, Karl	Sturm, Fritz	128	Sple, Max	197	"	"
	Paier, Franz	"	66	Schmücker, Willi	Schwerin i. M.	129	Brandel, Gottfried	198	"	"
	Große, Alwine	"	67	Guhde, Franz	Falkenberg i. M.	130	Wradner, Olga	199	"	"
	Behrens, Sina	"	68	Freitag, Fritz	Rohod i. M.		Greif, Alfred	200	"	"
4	Genge, Karl	Hildesheim	69	Leiß, Johann	Wolgast	131	Rönig, Oskar	201	"	"
5	Hellmann, August	Rinteln i. B.	70	Döpe, Karl	Güstrow	132	Seebe, Otto	202	"	"
6	Schmidt	Dsnabrück	71	Bedmann, Albert	Varß	133	Martin, Hugo	203	"	"
7	Brintmann, A.	Uelzen	72	Theiß, Richard	Sirland i. M.	134	Heinz, Bertold	204	"	"
8	Vange, Heinrich	Osstar	73	Köple, Karl	Uederwäde	135	Helbe, Albert	205	"	"
9	Specht, Paul	Gronau	74	Pieptorn, Karl	Pyritz	136	Liebig, Karl	206	"	"
10	Aris, S.	Schötmar	75	Gieseler, Otto	Gamm i. F.	137	Schridel, Karl	207	"	"
11	Hermann, Franz	Welle	76	Santowski, Emil	Lauenburg i. F.	138	Wramschmidt, Emil	208	"	"
12	Holte, Julius	Rienburg	77	Kowald, Gustav	Hammerrühle	139	Röbiger, Ernst	209	"	"
13	Barnede, Karl	Stadtholendorf	78	Albrecht, Ferdinand	Danzig	140	Göhne, Wilhelm	210	"	"
14	Schmitt, Albert	Hann.-Münden	79	Bogel, Willi	Elbing	141	Lanatz, Adolf	211	"	"
15	Wolff, Willi	Hinterode a. S.	80	Meier, August	"	142	E. Mann, Friedrich	212	"	"
16	Garbelmann, August	Gindef	81	Sahn, Heinrich	Königsberg	143	Pfeil, Hermann	213	"	"
17	Büster, Wilhelm	Seile		Duchholz, Fritz	"	144	Fritz, Karl	214	"	"
18	Bücher, Adolf	Reine		Jüri, Franz	"	145	Koch, Peter	215	"	"
19	Badenhop, Karl	Walsrode	82	Mann, Hermann	Schneidemühl	146	Röhner, Johann	216	"	"
20	Stengel, Otto	Magdeburg	83	Ragum, Paul	Rastenburg	147	Schmidt, Leonhard	217	"	"
	Dähms, Otto	"	84	Regel, Johann	Eifitz		Maier, Albert	218	"	"
	Vide, Karl	"	85	Funda, Ernst	Breslau		Andres, Johann	219	"	"
21	Speckhardt, Karl	Bernburg		Harß, Ernst	"	148	Hub, Andreas	220	"	"
	Pieger	"		Funda, Hedwig	"	149	Köppel, Johann	221	"	"
22	Hogler, Hermann	Bitterfeld		Heder, Paul	"	150	Brell, Johann	222	"	"
	Mang, Wilhelm	"		Schmann, Karl	"	151	Innenmann, Wilhelm	223	"	"
	Bahl, Fritz	"		Kolott, Joseph	"	152	Andres, Leonhard	224	"	"
23	Gülich, Otto	Koswig i. A.	86	Höhlig, Otto	Brieg	153	Kohler, Rober	225	"	"
24	Fiedler, Franz	Röthen i. A.	87	Kochau, Paul	Hunglau		Röhl, Joseph	226	"	"
25	Göhne, Christian	Döthen i. A.	88	Exner, Robert	Hogau		Reber, Theodor	227	"	"
	Krüger, Alpb	Essau	89	Tobelt, Robert	Fitzberg		Witt, Rosa	228	"	"
26	Köhne, Albert	Halle a. d. S.	90	Siemann, Friedrich	"	154	Kochler, Heinrich	229	"	"
	Hofmeister, Friedrich	"	91	Art, Paul	"	155	Rundler, Joseph	230	"	"
	Otto, Willi	"	92	Gampig, Hermann	"		Marz, Bernhard	231	"	"
27	Wittig, Wilhelm	Schönebeck a. d. E.	93	Schneider, Hermann	"		Kuf, Joseph	232	"	"
28	Harte, Hermann	Stahfurt	94	Pfeiffer, Heinrich	"		Hagen, Baptist	233	"	"
29	Krüger, Karl	Langenmünde		Henßig, Otto	"	156	Feller, Lorenz	234	"	"
30	Heußel, Karl	Wittenberg	95	Piegla, Emil	"		Dürmer, Joseph	235	"	"
	Israel, Karl	"	96	Hellmann, Wilhelm	"	157	Bang, Martin	236	"	"
	Häbel, August	"	97	Heimann, Hermann	"	158	Gisner, Karl	237	"	"
31	Thene, Fritz	Schöningen	98	Schhorn, Heinrich	"	159	Litel, Andreas	238	"	"
32	Knigub, Edwin	Seethin	99	Winter, Emil	"	160	Krappl, Jan, Franz	239	"	"
33	Wille, Hermann	Neferlingen	100	Leiß, Em	"	161	Selmann, Oskar	240	"	"
34	Krebs, Hermann	Schuppenstedt	101	Gräpe, Otto	"	162	Rögel, Johann	241	"	"
35	Wiglein, Friedrich	Haherleben	102	Junge, Max	"	163	Doepfer, Friedrich	242	"	"
36	Kulper, Karl	Halberstadt		Jahob, Paul	"	164	Schöck, Karl	243	"	"
37	Spormann, Ernst	Ugeln		Hilger, Julie	"	165	Schweikert, August	244	"	"
38	Koch, Robert	Albingerode		Hühlig, Christian	"		Karle, Leopold	245	"	"
39	Redmann, Otto	Garggerode		Hühlig, Wilhelm	"	166	Väpfe, Winna	246	"	"
40	Müller, Wilhelm	Barby		Schneider, Otto	"	167	Hiegler, Gustav	247	"	"
41	Kühner, Karl	Garbe a. d. S.	103	Lorenz, Richard	"	168	Geiger, Georg	248	"	"
42	Kühner, Karl	Herß	104	Krauß, Emil	"	169	Hege, Karl	249	"	"
43	Hoff, Hermann	Burg b. Magdeb.	105	Jeremies, Ernst	"	170	Higuer, Fritz	250	"	"
44	Leue, Oswald	Wilsberg	106	Schönherr, Johannes	"		Spilger, Th.	251	"	"
45	Daniel, Ernst	Annaburg		Seltmann, Max	"		Stroßer, Theopht	252	"	"
46	Reimann, Wilhelm	Berlin		Scheffler, Franz	"	171	Thier, Paul	253	"	"
	Reimann, Richard	"		Haußig, Paul	"	172	Herrig, Albert	254	"	"
	Langwitz, Berta	"		Eger, Hermann	"	173	Löffler, Ludwig	255	"	"
	Küper, Luise	"		Hartwig, Emil	"	174	Göhner, Emil	256	"	"
	Schulz, Willi	"		Schönfeld, Emil	"	175	Weiß, Arno	257	"	"
	Balle	"		Schumann, Herm.	"	176	Bäcker, Alfred	258	"	"
	Schulz, Karl	"		Klafze, Heinrich	"	177	Engelhardt, Adolf	259	"	"
	Lange	"		Lütting, Albert	"	178	Ademann, Mathias	260	"	"
	Albrecht	"		Schlegel, Hermann	"	179	Köhner, Karl	261	"	"
	Flachsig	"		Koß, Max	"		Kap, Franz	262	"	"
	Schumann	"		Häbel, Hermann	"		Reimann, Adolf	263	"	"
	Becker	"		Rauer, Julius	"		Ott, Karl	264	"	"
47	Heißig, Richard	Brandenburg		Reumann, Reinhardt	"		Reidner, Christian	265	"	"
48	Hindrich, Hermann	Frankfurt a. d. O.	110	Adrian, Karl	"		Red, August	266	"	"
49	Kerjus, Johannes	Dotzins		Kunisch, Richard	"		Hoff, Philipp	267	"	"
	Schmidt, Karl	"		Gauler, Max	"		Janßen, Franz	268	"	"
50	Schönberg, Rudolf	Bellen	111	Bach, Otto	"		Bollner, Franz	269	"	"
51	Witt, August	Hennigsdorf a. S.		Dike, Hans	"	180	Willig, Heinrich	270	"	"
52	Sommers, Fritz	Jeßnitz		Leupke, Hermann	"		Saar, Albert	271	"	"
53	Straube, Hermann	Ratzenow		Becker, Ernst	"		Denzig, Sebastian	272	"	"
54	Schäfer, Friedrich	Werder a. d. S.	112	Großmann, Gustav	"		Hirt, Adam	273	"	"
55	Wagner, Karl	Hergelde i. M.	113	Sudewig, Arthur	"		Reinhold, Jakob	274	"	"
56	Hoff, Hermann	Witten	114	Danzig, Johann	"					
57	Schönfeld, Karl	Sippach	115	Schmidt, Ernst	"					
58	Hoff, Karl	Sandberg a. S.	116		"					

Verbandsnachrichten.

Statistik.

Da bis zum 1. Juli das 2. Quartal zu Ende geht, müssen bis zum 4. Juli die gelben Statistik-Karten nach Hannover gerandt werden.

Später als bis zum 8. Juli eingelangte Statistik-Karten können bei der Aufstellung der Statistik nicht mehr berücksichtigt werden.

Setzen am Orte diese Karten, dann müssen sie beim Vorstand sofort befreit werden.

Die gleiche Wichtigkeit haben auch die grünen Monatskarten; diese sind nach Schluß der Monate Januar, Februar, April, Mai, Juni, August, Oktober und November spätestens bis zum dritten Tage nach Schluß des Monats abzugeben.

Die Abrechnung für das 1. Quartal 1920 haben eingelangt:

Witten 1000,-- Borsig 1300,-- Spangenberg S.A. 500,--
 Eintracht 1000,-- Bismarck 2000,--
 Schönebeck 1500,-- Döthen 1000,-- S. 3,-- Berlin 1493,62
 Seife 511,90,-- Haherleben 170,-- Lippstadt 28,76,-- Eisenberg
 S.A. 287,50,-- Jüri 4000,-- Wittenberg i. E. 3000,-- Borsig
 328,70,-- Borsig 1000,-- Gellmann 4000,-- Berlin 3000,--
 Eifitz 734,52,-- Merseburg 550,-- Oderode a. S. 1000,-- Bonn
 1000,-- Wittenberg a. d. S. 499,93,-- Sandberg 500,-- Borsig (H.)

72. Witten 69,-- Heinsberg 800,-- F. 26,50,-- F. 19,25,-- Heilbronn 5000,-- Borsig 2000,-- Ludwigshafen 20000,-- Wittenberg 7000,-- Döthen 2000,-- Wittenberg 1000,-- Stahfurt 5800,-- Wittenberg 20000,-- Rinken 107 537,85,-- Bismarck 5000,-- Wittenberg 7498,75,-- Gernau 280,06,-- Borsig 2000,-- Ransdorf 6,-- Borsig 4000,-- Jüri 2000,-- Oderwalde 7769,64,-- Eisenberg 1000,-- Borsig 2700,-- Gernau 1400,-- G. 1000,-- Borsig 1000,-- Ransdorf 300,-- Halle a. S. 50,--
 Schluß: Donnerstag, den 10. Juni, mittags 12 Uhr.
 Fr. Braun, Kassierer.

Zustimmung zur Erhebung von Lokalbeiträgen

Zahlstelle	pro Woche für		Die Erhöhung tritt in Kraft am
	unkantige Mitglieder	weiliche Mitglieder	
Kranberg i. Westf.	90 Pf.	55 Pf.	1. Juli 1920
Borsig	40	-	1. " 1920
Danzig	90	45	-
Hargau a. Elbe	90	65	1. " 1920
Merseburg i. Westf.	50	45	-
Witten i. Westf.	90	65	1. " 1920
Amersfort	60	-	1. Juni 1920
Wittenberg, Ostf.	90	45	-
Wittenberg	40	25	1. Juli 1920

Neue Adressen und Adressänderungen.

Wittenberg. 1. Bev.: Adolf Gier, Bismarckstraße 3.

Gau 4.
 Larnowik, Fr. Hatos. 1. Bev.: Jul. Hing; 2. Bev.: G. Barß.

Gau 5.
 Alkenstein (Ostpreußen). Neue Zahlstelle. 1. Bev.: Viktor Rabe, Jakobstraße 14; 2. Bev.: Karl Schulz, Wobangerstraße 12, 1. Et.

Geseke-Brilon und Arnsberg (Gau 14).
 Die Stelle eines Geschäftsführers in der Zahlstelle Geseke-Brilon ist besetzt durch den Kollegen Rindt, in Arnsberg durch den Kollegen Kloppe. Allen Bewerbern besten Dank. [2,50 Mk.]

Die Zahlstelle Worms
 findet zum 1. Juli dieses Jahres einen
2. Geschäftsführer.
 Bewerber müssen Mitglied unseres Verbandes, mindestens fünf Jahre freigeberfähig organisiert und zur Abhaltung von Vorträgen befähigt sein. Das Bewerbungs-geschreiben muß enthalten: eine Schilderung des Lebenslaufes, des bisherigen der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung und eine selbständige jährliche Arbeit über die Tätigkeit und die Aufgaben eines Agitationsleiters. Die Anstellung erfolgt nach dreimonatiger Tätigkeit. Das Gehalt regelt sich nach den gegenwärtig geltenden Gehaltsätzen.
 Bewerbungen sind bis zum 25. Juni einzureichen an
 W. Amodori, Worms, Sternstraße 10.

Zahlstelle Heilbronn.
 Der Kollege Berg, Neustadt a. S., wurde in unserer Zahlstelle gewählt und angestellt.
 Allen übrigen Bewerbern Dank. [2,50 Mk.]